



Interviews

Datum: 14. Juli 2023

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock im Gespräch mit Philipp May

Philipp May: Guten Morgen, Frau Baerbock.

Annalena Baerbock: Schönen guten Morgen.

May: Warum wird es denn so schwierig?

Baerbock: Weil weder die Welt schwarz-weiß ist, noch unsere Beziehungen zu China. Deswegen haben wir diesen Dreiklang, der kein Selbstläufer ist. Wir sind Partner mit China. Wir sind zugleich Wettbewerber. Und wir sind aber auch – und das unterscheidet uns mit vielen anderen Beziehungen zu anderen Staaten – systemischer Rivale.

Wie man in einigen Feldern kooperiert, zum Beispiel bei der Bekämpfung der Klimakrise, während man in anderen Feldern stattfinden muss, dass die Chinesen Europäer ausspionieren, das ist was, das kann man nicht einfach schwarz-weiß zueinander bringen, sondern da muss man für jedes einzelne Themenfeld einfache Lösungen, die jeder umsetzen kann, finden und zugleich Lösungen, die unsere Wirtschaft schützen, die unsere demokratische Lebensweise schützen.

May: Aber dieser Dreiklang, von dem Sie sprechen, das ist im Prinzip schon das Mantra der EU seit vielen Jahren. Was ändert sich jetzt konkret durch diese Strategie? Wird der Fokus tatsächlich mehr verlegt von Partner zu systemischer Rivale?

Baerbock: Ich zweiteile Ihre Frage. Zum ersten ist es so, dass leider – und das holen wir jetzt als Bundesregierung nach – es in den letzten Jahren genauso war, wie Sie gesagt haben. Die Europäische Union hat sich mit vielen Ländern eine China-Strategie gegeben, genau in diesem Dreiklang, weil sie die Welt und die Analyse zu China genauso getroffen haben wie wir jetzt. Aber leider war die Bundesregierung nicht wirklich Teil davon, sondern die Bundesregierung, die alte Bundesregierung, hat einen eigenen China-Kurs verfolgt, ohne eine China-Strategie. Das hat viele Partner in Europa verunsichert. Das hat China massiv ausgenutzt, indem es versucht hat, europäische Länder gegeneinander auszuspielen.

Und dann der zweite Teil Ihrer Frage: Es geht darum, dass wir feststellen mussten, dass China sich in den letzten zehn Jahren verändert hat: Viel repressiver nach innen – da kommen wir vielleicht nachher noch mal drauf – mit Menschenrechtsverletzungen und viel offensiver nach außen, wo auch der Präsident kein Geheimnis darum gemacht hat, dass man seine eigenen Interessen mit einer aggressiven Machtpolitik im Ausland sichern will. Auf dieses veränderte China müssen wir uns einstellen. Das heißt: Wenn China sich verändert, wie es das getan hat, dann muss sich auch unsere China-Politik ändern. Logischerweise können wir China nicht selber verändern – das wollen wir auch gar nicht; das geht uns erst mal prioritär nichts an -, sondern wir müssen dafür sorgen, dass wir uns selber besser schützen.

Deswegen adressiert diese China-Strategie vor allen Dingen uns selbst und wir können uns aber nur am besten schützen, wenn wir das gemeinsam europäisch machen. Deswegen ist dieser europäische Dreiklang, Partner, Wettbewerber, Systemrivale, auch unser Dreiklang in dieser deutschen China-Strategie, die eingebettet ist in die europäische China-Strategie.

May: Ist denn jetzt die europäische Position mit dieser China-Strategie wirklich geeint? Wenn ich an die letzten Wortmeldungen von Emmanuel Macron nach seiner China-Reise denke, dann kann man daran ja weiterhin Zweifel hegen, als er mehr oder weniger deutlich gesagt hat, der Taiwan-Konflikt sei beispielsweise nicht Sache der Europäer.

Baerbock: Da sieht man, dass für alle Länder die Herausforderung ähnlich ist, nämlich, dass es dieses Schwarz-Weiß nicht gibt. Er war gemeinsam mit der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen da. Die hat da diesen Satz stark geprägt, der auch in unserer China-Strategie steht. Es geht nicht um Entkopplung, uns von China abzuschotten – das können wir gar nicht und wieder, das wollen wir gar nicht vom größten Markt -, sondern es geht um ein De-Risking, dass wir uns selber besser schützen. Und es geht darum, dass wir China aufmerksam zuhören, und wenn wir China aufmerksam zuhören, zum Beispiel bei der Straße von Taiwan, dann hören wir leider eskalatorische Worte. Deswegen habe ich zum Beispiel in China deutlichgemacht, dass eine gewaltsame Veränderung der Straße von Taiwan auch unsere Interessen in Europa, aber auch auf der ganzen Welt massiv betreffen würde, weil die Hälfte des Welthandels, die Hälfte der Containerschiffe mit Medikamenten, mit Werkzeugen, mit Halbleitern durch diese Straße von Taiwan geht. Wenn diese Lieferketten so massiv eingeschränkt wären, dann wäre das für die gesamte Welt ein riesiges Problem. Das haben wir ja bei Corona gesehen, das haben wir beim brutalen russischen Angriffskrieg gesehen, wie sehr die ganze Welt von diesem Handel abhängig ist, und deswegen haben wir das auch in unserer China-Strategie so deutlichgemacht, dass eine Weltwirtschaft auch freie Wasserstraßen braucht, so wie es das internationale Recht auch für die Straße von Taiwan vorsieht.

May: Das ist ein wenig der Elefant im Raum: Was passiert, wenn China Taiwan tatsächlich angreifen würde. Was passiert denn dann aus deutscher Sicht?

Baerbock: Die ganze Welt hat gesehen, was es für Folgen hat, nicht nur für eine Region, sondern für die gesamte Welt, wenn es zu militärischen Eskalationen kommt. In einer globalisierten Welt hat das Auswirkungen auf alle anderen, wie wir jetzt sehen. Die Inflation ist bei uns hochgegangen, aber in einigen Ländern explodiert. Die Lebensmittel, die Nahrungsmittel sind in manchen Ländern so knapp geworden, dass der Hunger wieder ausgebrochen ist. Wenn jetzt die Hälfte des Welthandels nicht mehr so laufen könnte wie bisher, das wäre wirklich ein riesen Desaster.

Aber deswegen spekulieren wir nicht darüber, was wäre wenn, sondern wir wollen alles dafür tun, dass es zu keiner gewaltsamen Veränderung des Status quo in der Straße von Taiwan kommt. Das geht nur im gegenseitigen, im friedlichen Miteinander, so wie das auch vereinbart ist. Gemeinsam mit unseren internationalen Partnern, insbesondere mit den Partnern im Indopazifik, mit Japan, mit Südkorea, aber auch mit vielen, vielen anderen Staaten dort vor

Ort sind wir im Gespräch, wie wir auch dort für die gemeinsame Sicherheit sorgen können, so wie andere Länder auf der Welt jetzt bitten, uns für unsere Sicherheit in Europa zu unterstützen.

May: Dann kommen wir mal auf die Strategie selbst. Kritiker bemängeln, dass diese knapp über 60 Seiten eigentlich eher eine Zustandsbeschreibung sind, aber noch nicht unbedingt eine Strategie, mehr eine Analyse. Alles sehr vage, sagen sie, kam auch gerade im Vorbericht durch. Können Sie das nachvollziehen?

Baerbock: Ja, so ist es auch. Ein Teil dieser Strategie ist eine Analyse, weil wenn man nicht ein gemeinsames Lagebild hat, dann kann man auch nicht gemeinsame Handlungsschlüsse daraus formulieren. Deswegen gibt diese Strategie eine Sichtweise der Bundesregierung auf dem Stand unserer Beziehungen zu China, eingebettet in Europa. Aber zugleich – und das ist das Wichtige: Wir haben über 40 Gesprächsrunden gehabt, und zwar mit Städten und Kommunen, mit Bundesländern, mit Universitäten, weil die Bundesregierung alleine kann nicht eine China-Strategie beschließen. Wir haben ja erlebt, dass Investoren in eine Stadt gekommen sind, dann wusste die Stadt gar nicht, oh, wer ist das eigentlich, und plötzlich war man ein Gelände los und wusste nicht, was da vielleicht spioniert wird. – Oder Universitäten, die Forscher haben aus China, die sie dringend brauchen, die eine super Expertise haben, wo sie nicht wissen, wie gehen wir eigentlich damit um, mit geheimen Informationen. – Dann haben wir den Hafen in Hamburg, kritische Infrastruktur. Das heißt, wir brauchen diese Strategie, um gemeinsam zu analysieren, was sind eigentlich unsere gefährdeten Lagen, wo können wir mit China auf der anderen Seite mehr zusammenarbeiten, zum Beispiel beim Austausch der Menschen, um dann für die unterschiedlichen Ebenen, Universitäten, Unternehmen, einen gemeinsamen Rahmen zu setzen.

Zugleich haben wir angefangen, schon auch in den letzten anderthalb Jahren darauf zu reagieren, dass diese besondere Herausforderung bei unseren Lieferketten besteht, oder nach dem russischen Angriffskrieg wir auf brutale Art und Weise lernen mussten, dass wir uns nicht einseitig abhängig machen können von Autokratien, dass wir zum Beispiel bei den Unternehmen gesagt haben, dass ihre Investitionen in China gedeckelt werden auf drei Milliarden (die Investitions Garantien, nicht die Investitionen), die Investitions Garantien auf drei Milliarden, damit wir nicht das gleiche erleben wie bei Russland, dass große deutsche Unternehmen, die sich vielleicht irgendwann zurückziehen müssten, damit auch die deutsche Wirtschaft ins Schwanken bringen.

May: Da haben Sie mir jetzt schon ganz schön viele Stichworte hingeworfen. Sie haben als erstes den Hafen von Hamburg angesprochen, können wir mal als Beispiel nehmen. Vor ein paar Monaten, wissen wir alle, hat Olaf Scholz gegen Ihren Widerstand die Beteiligung der chinesischen Staatsreederei Cosco am Hamburger Hafen genehmigt, durchgewunken. Ist das jetzt durch die China-Strategie gedeckt oder nicht?

Baerbock: Auch da sieht man, dass wir Fehler der Vergangenheit korrigieren mussten. Andere Länder haben schon früher damit angefangen und analysiert, auch die Europäische Union, was ist eigentlich kritische Infrastruktur, wo sind wir verwundbar im 21. Jahrhundert,

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

wo Angriffe nicht mehr mit Raketen und Bomben allein geführt werden, wie wir jetzt auch im russischen Angriffskrieg erleben müssen, sondern durch Spionage, durch Hackerangriffe, die Krankenhäuser oder auch Stromverteilzentren lahmlegen können, oder Häfen, wo dann Containerschiffe nicht mehr abgefertigt werden. Dafür hätte man vor langem eine Analyse gebraucht, was ist kritische Infrastruktur, wer darf da reininvestieren, wer darf sich daran beteiligen. Das hat es leider nicht gegeben. Deswegen wurde auf der damals geltenden Gesetzeslage für Hamburg eine Entscheidung getroffen – von Hamburg, wo auch dann die Bundesregierung noch mal nachträglich hätte korrigieren können. Sie haben das Faktum gerade beschrieben, dass wir da keine einheitliche Meinung in der Bundesregierung hatten. Das hätte aber Einstimmigkeit gebraucht.

Um das in Zukunft besser entscheiden zu können, hat die Bundesinnenministerin jetzt auch schon die Vorbereitung dafür getroffen beziehungsweise ein Gesetz auf den Weg gebracht, das kritische Infrastruktur besser regeln soll, das KRITIS, das Sachgesetz für kritische Infrastruktur, weil es nicht nur um Häfen geht, sondern um viele Bereiche unseres Lebens, wie wir da in Zukunft mit chinesischen Investitionen oder auch Beteiligungen umgehen werden.

May: Das andere, was Sie angesprochen haben, sind die Garantien, die staatlichen Garantien für Investments. Sie wollen Unternehmen stärker in die Pflicht nehmen. Die sollen ihr unternehmerisches Risiko in China selbst tragen. Sie wollen das auch stärker prüfen. Können Sie das mal an einem Beispiel festmachen?

Baerbock: Vor allen Dingen sehr große Unternehmen aus der Chemiebranche, aus der Automobilbranche, die ja auch das Rückgrat unserer deutschen Wirtschaft sind, weil sie sehr, sehr viele Arbeitsplätze bei uns stellen, weil sie sehr viel volkswirtschaftliches Wachstum für uns bringen, die haben groß in China investiert. Und wir haben jetzt bei Russland gesehen, wenn von heute auf morgen die Lage sich so ändert, dass sich die deutschen Unternehmen zurückziehen müssen, wie aus Russland, dass der Staat wahnsinnig viel Geld aufnehmen musste, um im Zweifel diese Unternehmen am Leben zu erhalten, um Arbeitsplätze zu retten. Das haben wir jetzt einmal getan und dafür Milliarden in die Hand genommen. Aber wir können das nicht ein zweites Mal tun, sondern deswegen haben wir mit den Unternehmen darüber gesprochen zu sagen, ihr müsst euch überlegen, wo ihr investiert, und gerade in China, und falls es zu einer Veränderung kommt, falls ihr euch zurückziehen müsst, oder wenn auch China euch rausschmeißt oder so ausspioniert, dass ihr da nicht mehr arbeiten könnt – das findet ja zum Teil auch statt -, was bedeutet das eigentlich für euer Unternehmen. Viele Unternehmen sagen, das ist unternehmerisches Risiko - das stimmt ja auch -, wir bereiten uns selber darauf vor. Das machen Mittelständler, das machen viele andere, dass sie dann dort produzieren, dort logischerweise auch verkaufen, weil es ein großer Markt ist, dies aber auch in vielen anderen Ländern tun. Das machen aber nicht alle, deswegen haben wir ein sogenanntes Klumpenrisiko, wenn man nur sein ganzes Kapital oder einen Großteil reinsteckt, dass es sein könnte, dass man dann, wenn sich in China was verändert oder man rausgeworfen wird, alles verliert mit fatalen Folgen auch für unsere Volkswirtschaft. Deswegen haben wir gesagt, der Staat nimmt bei solchen Investitionen nicht mehr unlimited die

Haftung oder sichert das ab, sondern die müssen jetzt reglementiert werden, dass das Risiko in Zukunft besser gestreut wird.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.